

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 188/2018
Kiel, Mittwoch, 13. Juni 2018

Verkehr/ Dieselfahrverbote

Christopher Vogt zu TOP 1 Aktuelle Stunde: „Keine Drohung mit Fahrverboten durch die Landesregierung“

In seiner Rede zu TOP 1 Aktuelle Stunde zu „Keine Drohung mit Fahrverboten durch die Landesregierung“ erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich finde es gut, dass wir die SPD beim Verhindern von unverhältnismäßigen Fahrverboten auf unserer Seite haben. Das ist auch ein wichtiges Signal an die betroffenen Autofahrer. Besser und vor allem hilfreicher wäre es allerdings für die betroffenen Autobesitzer, wenn sie die zuständigen Sozialdemokraten in der Stadt Kiel, in Berlin, in Brüssel und nicht zuletzt in den Aufsichtsräten der Autohersteller an ihrer Seite hätten. Das würde den Menschen tatsächlich helfen.“

Unterkomplexe Empörungstiraden in Aktuellen Stunden helfen jedenfalls niemandem weiter. Ich sage es ganz deutlich: Wir wollen keine Fahrverbote am Theodor-Heuss-Ring in Kiel.

Es handelt sich hier nicht um eine Nebenstraße, sondern um eine der Hauptverkehrsverbindungen in der gesamten Region. Schon heute ist die Verkehrslage dort sehr angespannt. Das müssen viele Menschen morgens und nachmittags erleben. Ich denke, jeder hier im Saal kennt das. Ich sehe bisher nicht, wie man rund 12.000 betroffene Fahrzeuge sinnvoll in Kiel umleiten könnte. Es gibt einfach keine vernünftige Ausweichstrecke. Es sollte einmal eine Umgehung gebaut werden. Das ist allerdings nach wie vor in weiter Ferne. Ich glaube, es macht keinen Sinn – auch umweltpolitisch nicht – das Problem nur auf andere Straßen mit deutlich weniger Kapazität zu verlagern. Damit würde man das Problem vermutlich noch verschlimmern.

Und das Problem ist, dass auch dort Menschen wohnen und zwar deutlich mehr als am Theodor-Heuss-Ring. Die Anwohner an der Umfahrungsstrecke

dürfen nicht über Gebühr belastet werden. Wir können die Stickoxid-Belastung nicht einfach verlagern.

Ich habe nach den doch sehr ausführlichen Ausführungen von Herrn Dr. Stegner noch nicht so ganz verstanden, was die SPD-Fraktion zur Lösung des konkreten Problems in Kiel außer abstrakten Programmen vorschlägt, für die angeblich die Landesregierung zuständig sei.

Und ich finde es auch wirklich bemerkenswert, wie man auf der einen Seite eine vermeintliche Uneinigkeit in der Koalition kritisiert, über die man sich gleichzeitig diebisch freut. Herr Dr. Stegner, Ihnen als stellvertretender Bundesvorsitzender sage ich: Wenn Sie eine uneinige Koalition sehen wollen, dann müssen Sie nur den Fernseher einschalten und sehen, was in Berlin derzeit passiert. Man kann sich doch nicht als stellvertretender Bundesvorsitzender hinstellen und sagen, es sei eine Sauerei, dass es hier unterschiedliche fachliche Einschätzungen gibt.

Man kann in der Nachbarschaft beobachten, was passiert, wenn die SPD an einer Landesregierung beteiligt ist. Schauen wir nach Hamburg. In Altona haben wir auch diese kuriose Kombination, dass hier die Fahrverbote sogar feierlich eröffnet wurden, von einem grünen Umweltsenator aus einer rot-grünen Koalition. Das wurde mit einem großen Pressetermin feierlich getan. Dort sieht man: Das Fahrverbot kann eigentlich nicht sinnvoll kontrolliert werden. Es wird auf andere Nebenstraßen ausgewichen. Wirklich sinnvoll ist das alles nicht.

Natürlich muss man mit dem Problem der überschrittenen Grenzwerte umgehen. Die Luft in den Städten wird seit Jahrzehnten besser, aber an der Stelle reicht es eben nicht aus. Das Problem ist eben auch nicht erst seit einigen Monaten bekannt, wie es Herr Dr. Stegner heute behauptet hat. Es ist natürlich schon seit Jahren bekannt. Es war auch der Vorgängerregierung bekannt. Nur Herr Dr. Stegner hat es wieder nicht mitbekommen. Das ist schon extrem unehrlich, wenn man sagt, das sei seit einigen Monaten ein Problem, wenn es tatsächlich schon seit Jahren ein Problem gibt.

Die Stadt Kiel und das Umweltministerium sind deshalb aufgefordert, hier nun endlich geeignete Maßnahmen auf den Weg zu bringen, damit die Situation entschärft wird. Unsere Erwartung ist, dass es gemeinsam gelingt, ohne Fahrverbote am Theodor-Heuss-Ring auszukommen. Das muss das gemeinsame Ziel sein.

Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kiel und dem Umweltministerium ist noch ausbaufähig. Die beteiligten Akteure kennen sich. Ich würde mich freuen, wenn man, sobald die Gutachten der Stadt Ende Juni vorliegen, gemeinsam einen vernünftigen Luftreinhalteplan ausarbeitet.

Der von mir sehr geschätzte Kieler SPD-Oberbürgermeister Ulf Kämpfer hat den Kollegen Koch und mich gestern als "fachlich unbeleckte Politiker" betitelt. Bei mir mag das noch okay sein, aber den Kollegen Koch nehme ich ausdrücklich in Schutz. Er hat eben gezeigt, dass er durchaus kompetent ist bei dem Thema. Aber im Ernst: das Thema ist zu wichtig, um sich ohne Lösungsansätze gegenseitig die Schuld zuzuschieben. Es gibt aber auch Zu-

ständigkeiten und ich bin gespannt, was der fachlich extrem beleckte Herr Oberbürgermeister nun konkret vorschlagen wird.

Das ist auch eine wichtige soziale Frage, über die wir hier reden. Jetzt kann man natürlich nicht der alleinerziehenden Mutter und Krankenschwester im UKSH, die vielleicht in Ascheberg wohnt, sagen, ‚Fahr doch mit dem Fahrrad nach Kiel zur Arbeit!‘ Ich glaube nicht, dass das der richtige Ansatz ist. Es macht auf einer Bundesstraße wenig Sinn, auf Fahrräder zu verweisen. Insofern ist es auch eine soziale Frage. Wir sollten das nicht vergessen.

Ich muss auch auf die Verantwortung der Bundesregierung eingehen. Wenn ich richtig informiert bin, ist die SPD noch an der Bundesregierung beteiligt und war es ja auch in den letzten Jahren. Nach dem Aufdecken des Diesel-Skandals und nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Thema Fahrverbote, hat die Bundesregierung stets betont, dass sie keine Fahrverbote will. Das ist in der Sache okay. Das Problem ist aber, sie hat nicht wirklich etwas getan, um Fahrverbote zu verhindern. Es gab zwei kleine Gipfel, wo man die Bürgermeister eingeladen hat. Man hat zweimal 500 Millionen versprochen. Nun sieht man: am Geld ist es nicht gescheitert, es fehlt an Konzepten.

Bis heute lehnt es die Bundesregierung ab, die Automobilkonzerne zum Beispiel konsequent zu Hardware-Nachrüstungen zu verpflichten. Es gab bisher nur rund 2,5 Millionen Software-Updates vor allem bei VW-Modellen, aber mit den Folgen dieser Nachrüstungen, zum Beispiel beim Thema Verschleiß, werden die Kunden allein gelassen.

Es kann doch nicht sein, dass die Kunden, die betrogen wurden, nach wie vor das Problem ausbaden müssen. Wer betrogen hat, muss für den Schaden aufkommen und nicht derjenige, der betrogen wurde. Dieses einfache Prinzip sollte selbstverständlich sein.

Die Hersteller sind in der Pflicht und eben auch die Bundesregierung. Der Bund hat schließlich mit seinen Behörden versagt. Er hat den Skandal nicht aufgedeckt und hat auch danach wenig getan, um Druck aufzubauen. Insofern muss man bei Hardware-Nachrüstungen mehr Druck aufbauen.

Die Bundesumweltministerin Schulze (SPD) fordert diese Nachrüstungen, allerdings nur in den betroffenen Ballungsgebieten. Ich verstehe nicht, wie man das rechtssicher abgrenzen will. Soll man jetzt sagen, wenn man im Kreis Plön ein Auto zugelassen hat, bekommt man eine Nachrüstung, im Kreis Bad Segeberg nicht mehr? Mir ist unklar, was Frau Schulze uns damit sagen will. Ich glaube, die Bundesregierung muss ihren Worten auch Taten folgen lassen.

Wenn man Fahrverbote tatsächlich verhindern will, dann muss man jetzt handeln, dann muss man sich in den nächsten Wochen zusammensetzen, die Gutachten vernünftig auswerten, die einzelnen Maßnahmen aufstellen und gucken, wie man vor Gericht bestehen kann. Die Deutsche Umwelthilfe hat das Land bereits verklagt. Es wird früher oder später ein Gerichtsverfahren geben, wenn man keine sinnvolle Lösung anbieten kann.

Insofern: Weniger Schuldzuweisungen, mehr vernünftige Politik, dann schaffen wir es vielleicht gemeinsam, Fahrverbote zu verhindern. Das wäre im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.“